



Bundesverband BioEnergie e.V.



LAB

Landwirtschaftliche  
Biokraftstoffe e.V.



Union zur Förderung von Oel-  
und Proteinpflanzen e.V.



Verband der Deutschen  
Biokraftstoffindustrie e.V.

## Erklärung zur Initiative der Regierungskoalition für Biokraftstoffe

Die Initiative der Regierungskoalition für ein Biokraftstoffgesetz ist ein entscheidender Schritt zur Umsetzung der Strategie „weg vom Erdöl“. Biokraftstoffe stehen als umweltfreundliche heimische Energieträger für eine sichere Kraftstoffversorgung durch Abbau der Importabhängigkeit.

Die Regierungskoalition sichert mit ihrem Vorschlag für die Kombination ordnungspolitischer Maßnahmen (vor allem Mindestanteile für versteuerte Biokraftstoffe) mit dem bisherigen Instrument der Steuerbegünstigung eine effiziente, nachhaltige und flächendeckende Markteinführung der Biokraftstoffe.

Dieser neue Ansatz darf aber nicht dadurch konterkariert werden, dass die Steuerbegünstigung nur drei Jahre gelten soll. Zahlreiche innovative – insbesondere kleine und mittelständische – Unternehmen haben den Biokraftstoffmarkt geöffnet. Diese Unternehmen müssen eine langfristige Perspektive für weitere Investitionen haben.

Für den Erfolg dieser Gesamtstrategie ist es erforderlich, im Einzelnen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

### 1. Energiesteuergesetz

- keine überhöhten Steuersätze für Reinkraftstoffe;
- Beibehaltung der Steuerbegünstigung für alle Reinkraftstoffe mindestens bis 2015;
- Einbeziehung aller Biokraftstoffe einschließlich Biogas in die Steuerbegünstigung;
- Steuerbefreiung für Reinkraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich umweltsensibler Bereiche ohne zeitliche Begrenzung.

### 2. Biokraftstoffgesetz

- rasche Erhöhung der Biokraftstoffanteile in den Kraftstoffnormen und im Biokraftstoffgesetz auf zunächst 10 % vol.;

- gesetzliche Option auf weiter steigende Biokraftstoffanteile;
- Festsetzung einer wirksamen Sanktion bei Verstößen gegen die Beimischungspflicht.

Die Bundesregierung ist aus Gründen des Klimaschutzes, der Sicherung der Energieversorgung und gleicher Wettbewerbsbedingungen gefordert, die Initiative für Bio-

kraftstoffe auf europäischer Ebene einzubringen. Zentrales Ziel der deutschen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 muss die verbindliche Umsetzung der EU-Zielvorgaben für Biokraftstoffe in allen EU-Mitgliedsstaaten sein.

Berlin, 9. Mai 2006

Diese Erklärung wird unterstützt von:



Arbeitsgemeinschaft  
Qualitätsmanagement  
Biodiesel



Bund der Deutschen

Landjugend

Bundesverband Deutscher  
Kartoffelbrenner e.V.



Bundesverband der  
Lohnunternehmen (BLU)

Bundesverband Deutscher  
Korn- und Getreidebrenner e.V.

Bundesverband  
der Maschinenringe e.V.



Bundesverband freier  
Tankstellen e.V.



**C.A.R.M.E.N.**

Centrales Agrar-Rohstoff-  
Marketing- und Entwicklungs-  
Netzwerk e.V.



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



Deutscher Raiffeisenverband e.V.



Fachverband  
Biogas e.V.



VDO

Verband Deutscher Ölmühlen e.V.

Wirtschaftliche  
Vereinigung Zucker

